

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verkaufsstelle: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummern 25 241
Aus für Nachzügler: 20 011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500.—, Einzelnummer M. 25.—, Sonntagsausgabe M. 50.—.
Die tägliche Nummer kostet 10 Pf., außerhalb Sachsens M. 1.—, Familienausgaben nach Bestimmung unter Bezug auf den letzten Heft M. 2.—, Bezugsplätze laien. Zust. Unvollständige Lieferungen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Annoncen-Expedition:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von E. Schönbach & Co. in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hochdruckrohrleitungen
Eiserne Transportgefäße aller Art
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 19351, 20461 und 26357

Schokolade
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Spielwaren-Ausstellung
B. A. Müller, Prager Straße 32
Deutschlands größtes Spielwarenhaus

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-U., Prager Straße 23

Buck wieder Ministerpräsident.

Mit 49 von 94 Stimmen.

Bei der Ministerpräsidentenwahl im sächsischen Landtag wurden 94 Stimmen abgegeben. 49 lauteten auf **Buck**, 18 auf den Deutschnationalen **Hoffmann**, 3 auf den Volksparteiler **Dr. Kaller**. 24 Zettel waren unbeschrieben. Da Ministerpräsident Buck zwei Stimmen mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, ist er mit absoluter Mehrheit erneut zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Es ist alles beim alten geblieben. Diese Feststellung, die nach dem Ausfall der sächsischen Landtagsneuwahl gemacht werden mußte, gilt auch für die Wahl des Ministerpräsidenten, für die Herr Buck von 94 Stimmen 49 auf sich vereinigt hat. Die Kommunisten haben also diesmal wieder Stange gehalten und sind geschlossen für den Kandidaten der Vereinigten Sozialisten eingetreten. Die Deutschnationalen haben mit Ausnahme eines erkrankten Abgeordneten vollständig für ihren Bewerber, den Hrn. Hofmann, gestimmt, drei Zettel fielen auf den Volksparteiler **Dr. Kaller**, während 24 leere Zettel — von Volksparteilern und Demokraten — abgegeben wurden.

Man muß es offen herauslegen, daß das bürgerliche Verhalten unbegreiflich ist. Zugunsten, daß keine begründete Aussicht auf die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten bestand. Ein solcher hätte nur durchkommen können, wenn sämtliche bürgerlichen Parteien eine einheitliche Kandidatur aufgestellt hätten und von den Kommunisten einige Mann abkommandiert worden wären, um welche Anteil in die Urne zu werfen. Doch auch dann wäre die Mehrheit für den bürgerlichen Kandidaten viel zu gering gewesen, um vom parlamentarischen Standpunkt aus als tragfähig gelten zu können. Die Rücksichtslosigkeit, auf einen bürgerlichen Kandidaten eine zuverlässige Mehrheit zu vereinigen, dürfte aber keinesfalls dazu führen, die Geschlossenheit der bürgerlichen Front zu durchbrechen. So daß leider geschehen ist, so steht das Ergebnis recht kläglich da: Zerstückelung auf der ganzen bürgerlichen Linie, während auf sozialdemokratischer Seite volle Einigkeit herrscht. Es war eine unbedingte taktische Notwendigkeit, sich auf eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur zu einigen und dieser alle bürgerlichen Stimmen zu geben. Das wäre eine symbolische Handlung für das Zusammengehen der bürgerlichen Parteien auch bei den weiteren parlamentarischen Verhandlungen gewesen. So macht es den Eindruck der Zerfahrenheit.

Berufen ist nun schließlich der fähne Traum einer „großen Koalition“, bestehend aus Vereinigten Sozialisten, Volksparteilern und Demokraten, die wie eine politische Phantasmagorie einen Augenblick lang als vage Möglichkeit in Erscheinung trat, und da die Kommunisten ihre Beteiligung an der Regierung mangels einer sie bedrückenden Haltung der Vereinigten Sozialisten gegenüber den kommunistischen Forderungen abgelehnt haben, so wird es bei dem sein Bewenden haben, womit die „Dresdner Volkszeitung“ ihre Auseinandersetzung mit den Kommunisten schloß: es bleibt bei einer rein sozialistischen Regierung. Für diese hat sich ja die parlamentarische Lage, rein zahlenmäßig betrachtet, ein wenig dadurch gebessert, daß in dem neuen Landtag Sozialisten und Kommunisten zusammen über 50 Stimmen verfügen, gegen 46 bürgerliche. Die Unklarheit der Regierung bleibt aber trotzdem bestehen, weil die Kommunisten auch diesmal keine unbedingt zuverlässige Gefolgschaft bilden, sondern sicher nicht versehen werden, der Regierung ihre Macht bei jeder Gelegenheit zum Bewußtsein zu bringen, so daß beständig das Damoklesschwert der Radikalisierung über den Entschlüssen der sozialistischen Regierung schweben wird. Danach bedarf es durchaus keiner natürlichen Veranlassung zum Pessimismus, um der nächsten Zukunft in Sachen ein wenig erfreuliches Vorzeichen zu stellen. Die bereits hart auf Sand laufende sächsische Staatsmaschine wird noch mehr Mühe haben als bisher, sich in einigermaßen regelmäßigem Gange zu erhalten. Es müßte denn sein, daß die neue sozialistische Regierung früher oder später zu der Einsicht zurückkehrt, die Dr. Gradnauer bewies, als er seine Regierung durch Distanzierung der Demokraten auf eine breitere Grundlage stellte.

Der Verlauf der Landtagsitzung.

2. Sitzung.
Dresden, den 5. Dezember 1922.

Der sächsische Landtag hielt heute wieder im Zeichen eines großen Tages, denn auf der Tagesordnung befindet sich außer der Wahl der Ausschüsse die Wahl des Ministerpräsidenten nach Artikel 5 und 26 der Verfassung. Das Haus und die Tribünen sind dicht besetzt.

Nach 1 1/2 Uhr eröffnet Präsident Winkler die Sitzung. Die Tagesordnung über den Staatsbeitrag zur Beschaffung der Kohlen für die Stimmzettel und die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten gehen ohne Vorbereitung an den Haushaltsausschuß A. Durch Zuruf wird alsdann die Wahl der ordentlichen Ausschüsse und des Büchereiausschusses vorgenommen.

Wahl der ordentlichen Ausschüsse

Danach gehören den Ausschüssen folgende Abgeordnete an:

Haushaltsausschuß A:

Fudor, Schürer, Frau Büttner, Galtan, Franz, Frau Schilling, Goldner, Heilmann, Böfel (Soz.), Kammmeiborn, Kunzsch, Körner (D.-N.), Scheller, Gurodi (Komm.), Dr. Lehne, Claus (Dem.), Wüther, Nölzig, Schiffmann, Bräulein Dr. Hertwig (D. Sp.).

Haushaltsausschuß B:

Anders, Bauer, Meinel-Tannenborn, Lippe (D. Sp.), Hofmann, Dr. Ehardt (D.-N.), Schember, Tennhardt, Langhorst, Schurig, Frau Wagner, Sahl, Günther-Pulsnis (Soz.), Wüther-Plauen, Dr. Reinhold (Dem.), Niederaß, Claus (Komm.).

Rechtsausschuß:

Reutter, Gündel, Paenschke, Siegert (D.-N.), Bünger, Dr. Herrmann, Widmann, Dr. Schneider (D. Sp.), Wehrmann, Dr. Weigel (Dem.), Müller-Weipala, Krat, Edel, Gruppe, Kühn, Frau Thümmel, Wedel, Berger (Soz.), Renner, Berg (Komm.).

Prüfungsausschuß:

Berg, Feitold, Kaula (D.-N.), Wilschke, Beck, Schmidt (D. Sp.), Drescher, Dr. Sachs, Rehrig, Strube, Rautsch, Menke, Ogen (Soz.), Rispel, Grube (Komm.), Dr. Zepfert, Dr. Kahner (Dem.).

Bücherei-Ausschuß:

Castan, Anders, Dr. Siegert.

Es tritt nun eine einverleibte Pause ein, in der sich die Ausschüsse konsultieren. Der Landtag nimmt davon Kenntnis, daß sich die Leitung der Ausschüsse wie folgt zusammensetzt:

Haushaltsausschuß A: 1. Vorsitzender: Fudor, 2. Vorsitzender: Dr. Lehne, 1. Schriftführer: Frau Büttner, 2. Schriftführer: Schiffmann, 3. Schriftführer: Körner.
Haushaltsausschuß B: 1. Vorsitzender: Anders, 2. Vorsitzender: Hofmann, 1. Schriftführer: Schurig, 2. Schriftführer: Meinel-Tannenborn, 3. Schriftführer: Schember.

Rechtsausschuß: 1. Vorsitzender: Reutter, 2. Vorsitzender: Müller-Weipala, 1. Schriftführer: Wedel, 2. Schriftführer: Herrmann, 3. Schriftführer: Siegert.

Prüfungsausschuß: 1. Vorsitzender: Rispel, 2. Vorsitzender: Dr. Schneider, 1. Schriftführer: Dr. Sachs, 2. Schriftführer: Berg.

Bücherei-Ausschuß: 1. Vorsitzender: Castan.

Der Präsident teilt mit, daß Punkt 1 der Tagesordnung, „Beratung des Ministerpräsidenten“, abgelehnt werden müsse, da Ministerpräsident Buck, falls er heute gewählt werden sollte (weiterleitet), nicht anwesend sein könne. Die sozialdemokratische Fraktion schloß sich an.

Buck als Ministerpräsident

Hr. v. Wüther (Komm.): Die Kandidatur des Herrn Buck als Ministerpräsidenten ist ohne Mitwirkung der kommunistischen Fraktion erfolgt, sie ist infolgedessen in ihren Entschlüssen an keinerlei Annahmen gebunden. Die kommunistische Fraktion erklärt in der Wahl des Ministerpräsidenten nicht eine persönliche Vertrauensfrage, denn für seine Handlungen ist keine Partei verantwortlich. Die kommunistische Fraktion ist deshalb damit einverstanden, daß die sozialdemokratische Fraktion den Ministerpräsidenten stellt. Sie erklärt jedoch, daß sie weder im Reiche, noch in den Einzelstaaten die Notwendigkeit eines Präsidenten zur Repräsentationszwecken anerkennt. Da im Staatshaushalten Sparmaßnahmen geübt werden soll, hält es die kommunistische Fraktion für die selbstverständliche Pflicht einer Regierung, bei den obersten Beamten mit dem Sparsystem zu beginnen. Diese Funktionen können auch von einem Reichsminister ausgeübt werden. Da jedoch die sozialdemokratischen Führer auf der Wahl eines Ministerpräsidenten bestehen, nimmt die kommunistische Fraktion an der Wahl von Buck zu. Der sozialdemokratische Ministerpräsident hat nunmehr die Pflicht, eine Arbeiterregierung zu bilden, die von den Arbeiterparteien getragen wird. Wenn der Ministerpräsident die Bildung einer Arbeiterregierung an und überläßt die Staatsgeschäfte einer sozialdemokratischen Regierung, dann ist für die Ordnung der kommunistischen Fraktion das Programm und die Praxis der Regierung entscheidend. Die kommunistische Fraktion erwartet von dem neuen Ministerpräsidenten, daß er noch einmal die Gesetzmäßigkeit der ihm geboten ist, um in Sachen eine Arbeiterregierung zustande zu bringen, weil die kommunistische Fraktion der Auffassung ist, daß keine Arbeit der Arbeiterkraft über den Rahmen der beiden Parteien und Gewerkschaften hinaus an dem Zustandekommen einer solchen Arbeiterregierung wäre förderlich interessiert sind, denn diese Arbeiterregierung wäre geeignet, den Parteien auf der rechten Seite den Mut, den sie sonst ausgedrückt haben, etwas zu nehmen.

Innenminister Lipinski:

In Sachen gibt es keinen Staatspräsidenten, sondern einen Ministerpräsidenten als vorstehenden Minister. Der Ministerpräsident leitet als Reichsminister das Ministerium des Inneren. Mit der Ausrufung des am Ende wiedererlangenen Wahlergebnisses war die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung:

Beratung des Ministerpräsidenten und Regierungserklärung.

Als weitere Sitzungstage sind der Donnerstag und Freitag nächster Woche vorzusehen. An diesen Tagen wird voraussichtlich die Beiprehung der Regierungserklärung erfolgen.

Amerika und die europäische Krise.

London die Schicksalskonferenz Europas.

London, 5. Dez. Der amerikanische Botschafter in London, **Harvey**, erklärte gestern in einer Rede bei einem amerikanischen Klubessen, es gebe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. **Es gebe solche Dinge, wie das Anschlagen von Nationen durch andere.** Wenn das wirtschaftliche Programm nicht auf der Konferenz der allierten Premierminister einer Lösung einigermachen entgegengebracht werde, so müsse er nicht, was den Kontinent Europa vor dem Zusammenbruch retten solle. **Europa könne nicht noch ein weiteres Jahr unter dieser Drohung weiter leben.** Die Leute redeten über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Brüssel, als ob sie etwas bedeuten könnte, wenn die Ministerpräsidenten der vier großen Nationen Europas diese Frage nicht regeln könnten. **So wie bisher könne es auch nicht ein einziges Jahr weitergemacht werden.** Darvon wiederholte mit großem Nachdruck, daß von den Ergebnissen der Zusammenkunft der vier Premierminister das Schicksal und die künftige Wohlthat von Millionen abhängen. **Wenn diese Zusammenkunft nicht für die Zivilisation einträte, so würden alle untergehen.**

Der Londoner Berichtshatter des „Manchester Guardian“ schreibt, die Rede Harvey sei von ungewöhnlichem Interesse. Darvon habe noch erklärt, die Welt hoffe, daß die Premierminister die Lage in einem Geiste der Duldsamkeit behandeln würden. **Amerika werde vielleicht in der Lage sein, die Beschlüsse zu beeinflussen.** (S. T. B.)

Die kritische Lage Deutschlands nach amerikanischem Urteil.

Paris, 5. Dez. Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson, **Lumula**, der von einer längeren Studienreise durch Deutschland zurückgekehrt ist, hat einem Berichtshatter des „Antarctic“ erklärt, die Lage in Deutschland sei kritisch. **Das Schicksal Deutschlands werde sich in sechs Monaten entscheiden.** Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung von Seiten Englands und Frankreichs finde — und Amerika ist bereit, dabei mitzuhelfen —, so glaube er, daß eine Katastrophe von unvorstellbaren wirtschaftlichen Folgen das Ergebnis sein werde. **Lumula versicherte dem Berichtshatter, er werde in Amerika seinen ganzen Einfluss aufbieten, um die in Deutschland gewonnenen Eindrücke zur Geltung zu bringen.** (S. T. B.)

Morgan bleibt der Londoner Vorkonferenz fern.

Paris, 4. Dez. Nach einer Blätter-Meldung aus New-York erklärte Morgan bei seiner letzten erfolgten Ankunft, er habe nicht die Absicht, sich zur Brüsseler Konferenz zu begeben. (S. T. B.)

Dollar (Amtlich): 8375
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8275